



Newsletter vom 10. 3. 2024

Inhalt

Diskussionen um Integration, Notengebung und Chancengerechtigkeit flammen neu auf..2	
8. März 2024, Marianne Wüthrich.....	2
Das Menschenbild entscheidet – Psychiatrie versus Pädagogik	4
Zeit-Fragen, 5. März 2024, Dr. phil. Eliane Perret.....	4
381. Anfrage (Ermöglichen von Klein- oder Förderklassen?).....	9
Sitzung vom 29. März 2023. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich .	9
Integrativer Zwischenruf aus Basel-Stadt Romantik statt Praxiserfahrung.....	9
Ivb.inform, 2016/2017, Roland Stark	9
Von der Not der Noten – und ihrem Wert.....	11
Condorcet Bildungsperspektiven, 4. März 2024, Carl Bossard	11
Die Schule hat ernsthaftere Probleme.....	16
Blick, 3. März 2024.....	16
Je reicher, desto eher ins Gymnasium.....	16
NZZ, 6. März 2024, Zürich und Region, Giorgio Scherrer.....	16
Wie viel sie büffeln, ist an der Prüfung egal	18
Tages-Anzeiger, 24. Februar 2024, Zürich, Daniel Schneebeli	18
«Jugend ohne Geschichte»	20
NZZ, 6. März 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	20
«Wir müssen viele Schüler enttäuschen»	20
NZZ, 1. März 2024, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach und Giorgio Scherrer	20
Veranstaltungshinweise	24
Kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» (Förderklassen-Initiative).....	24
Starke Volksschule Zürich, Donnerstag, 11. April 2024, 19.00	24
Gamen sie schon oder spielen sie noch? Der tückische Weg zur Medienkompetenz ...	25
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 20. März 2024, 18.30 – 20.30.....	25
Die Pädagogische Wende.....	25
Freitag 12. und Samstag, 13. April 2024, Universität Augsburg	25





Diskussionen um Integration, Notengebung und Chancengerechtigkeit flammen neu auf

8. März 2024, Marianne Wüthrich

Nicht verpassen: Podiumsgespräch zur Förderklassen-Initiative

Wir laden Sie herzlich ein zum Podiumsgespräch, das die «Starke Volksschule Zürich» am Donnerstag, den 11. April, zum Thema «Förderklassen» organisiert. Im Kanton Zürich werden zurzeit die Unterschriften für die kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» gesammelt. Wir freuen uns, wenn Sie diese unterschreiben und weitere Unterschriften sammeln. Unterschriftenbögen finden Sie unter <https://www.schule-mit-zukunft.ch>, oder Sie nehmen nach dem Podiumsgespräch ein paar Bögen mit. Den Flyer zum Podiumsgespräch finden Sie am Schluss dieser Textsammlung.

Die «Starke Volksschule Zürich» setzt sich seit Jahren für eine Volksschule ein, die jedem Kind eine adäquate Lernsituation bietet. Weil dies für Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Regelklasse oft nicht möglich ist, fordern immer mehr Fachleute quer durch die Schweiz die Errichtung von heilpädagogisch geführten Klein- oder Förderklassen. Damit wäre auch in den Regelklassen ein geordneter Unterricht möglich, was allen Schülern und Lehrkräften zugutekäme.

Vor einem Jahr haben zwei Kantonsrätinnen eine diesbezügliche Anfrage an den Regierungsrat gestellt, die wir in diesem Newsletter veröffentlichen. In seiner Antwort bestätigt dieser, dass die Gemeinden gemäss kantonalem Recht Kinder und Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf in Kleinklassen unterrichten können. Diese Klassen haben keinen Sonderschulstatus, sondern ihr Ziel ist der Übertritt in die Regelklasse, sobald ein Schüler «im Rahmen des Regelklassenunterrichts angemessen gefördert werden kann».

Förderklassen sind eine Chance für eine bessere Schullaufbahn

Genau dasselbe Ziel – aber mit Zugang für alle Kinder, wenn Bedarf besteht – hat die Förderklassen-Initiative, die Sie am 11. April mit unseren Referenten diskutieren können. Im Gegensatz zur Initiative beharrt der Regierungsrat jedoch auf der «Tragfähigkeit des Regelsystems», das mit den bekannten, aber ungenügenden Mitteln (Beratung und Unterstützung, Klassenassistenzen usw.) oder mit den pädagogisch verfehlten Schulinseln «getragen» werden soll.

Zur nach wie vor herumgeisternden, aber rechtlich nicht haltbaren Behauptung, die Führung von Kleinklassen sei «völkerrechtswidrig», publizieren wir einen bereits vor einigen Jahren erschienenen Artikel von Roland Stark, einem unserer Referenten («Integrativer Zwischenruf aus Basel-Stadt. Romantik statt Praxiserfahrung».) Darin hält er fest, dass in der Erklärung von Salamanca von 1994 an keiner Stelle stehe, «dass Sonderschulen abzuschaffen seien.» Dies steht übrigens auch in keinem anderen internationalen Vertrag oder Schweizer Gesetz. Roland Stark: «Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.»

Diese pädagogisch-psychologische Dimension des Problems haben uns am letzten Vortragsabend die beiden Heilpädagogen Eliane Perret und Riccardo Bonfranchi nähergebracht. Zur Vertiefung des Themas empfehlen wir Perrets Artikel «Das Menschenbild entscheidet – Psychiatrie versus Pädagogik».

Was von den Noten erwartet werden kann und was nicht

Einen hilfreichen Überblick zur Notendebatte gibt uns Carl Bossard, mit Hinweisen auf die pädagogische Literatur und auf politische Vorstösse: Noten als nützliche Hilfe, um Eltern, Lehrbetriebe und die Schüler selbst über deren Lernleistung zu informieren. Einen pädagogischen Wert haben Noten an sich nicht, so der Autor, sondern nur in Verbindung mit «einem wertschätzenden Umfeld, in einer positiven und ermutigenden Atmosphäre».



Bossard stört sich zu Recht am Vorpreschen des Schulleiterverbands-Präsidenten Thomas Minder, der die Noten abschaffen will, entgegen den Mehrheitsmeinungen in der Politik und der Bevölkerung. So hat zum Beispiel der Zürcher Kantonsrat vor knapp zwei Jahren mit deutlichem Mehr am Semesterzeugnis mit Noten festgehalten und einen diesbezüglichen Antrag auf Änderung des Volksschulgesetzes abgelehnt.

Die Volksschule zu stärken ist dringender als das Beurteilungssystem zu ändern

Selbstverständlich kann die Notengebung zuweilen voreingenommen und ungerecht ausfallen, vor allem wenn es nicht um Richtig/Falsch-Antworten, sondern zum Beispiel um Aufsätze geht. Aber die Kritik an den Schulnoten lenkt unsere Aufmerksamkeit in die falsche Richtung, so Nationalrätin und Bildungspolitikerin Katja Christ. Sie weist darauf hin, dass die Schule ernsthaftere Probleme hat: «Der gravierende Lehrermangel gefährdet die Unterrichtsqualität, ein Viertel der Volksschulabgängerinnen und -abgänger ist nicht in der Lage, einen einfachen Text zu verstehen, die aus dem Ruder gelaufene Integration belastet die Regelklassen und die Überfrachtung der Lehrpläne führt zu Beliebigkeit.» Oder in den Worten Carl Bossards: Die Abkehr vom Notenmodell «ist ein unnötiges Drehen an einer (Neben-)Stellschraube, ohne den Blick auf das systemische Ganze mit den anspruchsvollen Lehr- und Lernprozessen zu richten.»

Richten wir unseren Blick also auf das Wesentliche. Als Folge der schweren Mängel in den Lehrplänen und der Lehrerbildung hat es sich längst herumgesprochen, dass die Fünfer oder Sechser im Oberstufenzeugnis vieler Schulabgänger oft nicht der Realität entsprechen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass viele Lehrbetriebe sich selbst ein Bild von den Kenntnissen und Fertigkeiten ihrer Schnupperlehrlinge machen wollen und sie zusätzlich zu praktischen Aufgaben auch firmen- oder branchenentwickelte Aufnahmetests lösen lassen. Für eine Berufslehre muss man Betriebsanleitungen und Fachbücher lesen und verstehen können, man muss Arbeitsrapporte schreiben, mathematische Formeln anwenden oder einen Verkaufspreis kalkulieren, mit Hammer und Schraubenzieher richtig umgehen oder das Zehnfingersystem beherrschen und dazu die nötigen sozialen Kompetenzen mitbringen. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit der Volksschule, unserer Jugend all das und noch viel mehr mitzugeben. Damit sind wir schon mitten im Thema Chancengleichheit.

Verbesserung der Chancengleichheit ist ein Auftrag der Volksschule

Regelmässig mit den ersten Primeli wächst im Kanton Zürich und anderswo die Aufregung um die Gymi-Prüfungen, und in den Medien wird einmal mehr die Frage der Chancengleichheit aufgeworfen.

Es ist nichts Neues, dass auf dem Zürichberg oder an der Goldküste prozentual mehr Jugendliche ins Gymi gehen oder zumindest die Prüfung versuchen als in Schwamendingen oder im Tösstal. Diese Tatsache mit den unterschiedlichen Durchschnittseinkommen in den betreffenden Stadtkreisen, Gemeinden oder Regionen zu erklären («Je reicher, desto eher ins Gymnasium»), ist allerdings ziemlich oberflächlich. Klar können nicht alle Eltern ihren Kindern Privatstunden bezahlen. Zu begrüssen ist, dass viele Zürcher Volksschulen kostenlose Vorbereitungskurse anbieten, was nächstens obligatorisch werden könnte, so Daniel Schneebeil im Tages-Anzeiger.

Der Kern der Chancengleichheit ist aber ein ganz anderer: Gerade weil die Kinder zuhause nicht alle gleich gut gefördert werden (können), wurden im 19. Jahrhundert die Volksschulen errichtet. Ihre Aufgabe ist es auch heute, *allen Kindern* eine gute Bildung zu ermöglichen und damit zu mehr Chancengleichheit beizutragen. Diese Pflicht ist in den kantonalen Volksschulgesetzen verankert. Nach dreissig Jahren mehrheitlich haarsträubender Schulreformen kommt die heutige Volksschule ihrem gesetzlichen Auftrag höchstens ansatzweise nach. Das bestätigt unser Redaktionskollege Hanspeter Amstutz in seinem Leserbrief zum «Bedeutungsverlust des Fachs Geschichte». Ebenso der Rektor der Kantonsschule Uetikon, Martin Zimmermann, in seinem sehr lesenswerten Interview («Wir müssen viele Schüler enttäuschen»). Er sagt: «Viele erwarten, dass die für alle gleiche Prüfung die ungleichen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen ausgleicht. Aber dafür ist es



beim Übertritt an die Mittelschule zu spät. Das muss viel früher passieren.» Und weiter: «Viele Eltern machen sich Sorgen, dass der reguläre Unterricht nicht das abdeckt, was an der Gymiprüfung verlangt wird.» Das gilt übrigens auch für die Berufslehren.

Ist das nicht verrückt? Wenn die Volksschule das Wissen und die Fähigkeiten nicht abdeckt, die ein Jugendlicher für das Gymnasium oder für eine Berufslehre benötigt, dann ist es mit der Chancengleichheit nicht weit her – so einfach ist das. Deshalb brauchen wir Förderklassen für diejenigen Kinder, die in der Regelklasse unterzugehen drohen, und deshalb muss die Volksschule wieder ihren Auftrag erfüllen, den das Zürcher Volksschulgesetz in § 2,4 vorschreibt: «Die Volksschule vermittelt grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten; sie führt zum Erkennen von Zusammenhängen. Sie fördert die Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und strebt die ganzheitliche Entwicklung der Kinder zu selbstständigen und gemeinschaftsfähigen Menschen an. Die Schule ist bestrebt, die Freude am Lernen und an der Leistung zu wecken und zu erhalten.»

Nun wünschen wir viel Freude am Lesen.

Marianne Wüthrich

Das Menschenbild entscheidet – Psychiatrie versus Pädagogik

Zeit-Fragen, 5. März 2024, Dr. phil. Eliane Perret

«Ich verstehe nicht, warum heute so viele Kinder psychische Probleme haben», meinte kürzlich eine Kollegin. «Man sagt immer, sie stehen so unter Druck, in der Schule und zu Hause, und dann der Klimawandel und unsere Weltlage. Ich weiss schon, dass sie auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben vor vielen Anforderungen stehen. Aber ist das nicht eine Aufgabe, die sich weltweit allen Kindern stellt? Und war es für uns nicht ebenfalls so, wenn auch mit anderen Themen?» fuhr sie weiter.

Die Frage meiner Kollegin ist leider begründet. Die dazu veröffentlichten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Eine Studie der *Unicef* berichtet von langen Wartelisten und einer Überbelegung der Kinder- und Jugendpsychiatrien. Sie verweist auf den *Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst Zürich*, der 2021 über eine Zunahme von 40 Prozent an Notfällen und mangelnden Plätzen im stationären Bereich berichtet. Es geht um Verhaltensprobleme (ADS/ADHS), Autismus-Spektrum-Störungen (ASS), Angststörungen, Depressionen, Suizidalität usw.¹ – Diagnosen, wie sie im DSM 5, dem amerikanischen Handbuch Psychiatrischer Kriterien, aufgelistet sind. Ende 2022 vermeldete das *Bundesamt für Statistik* BSF einen beispiellosen Anstieg psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen. Sie waren die häufigste Ursache von stationären Spitalaufenthalten der 10–24-jährigen, häufiger als Verletzungen, Unfälle oder körperliche Krankheiten.²

Sind psychische Probleme heute häufiger geworden?

Das ist eine Frage, die zunehmend gestellt wird. Als Erklärung hört man oft, dass wir in einer Welt leben, in der psychische Probleme vermehrt angesprochen werden; man sei mehr sensibilisiert als

¹ Hadatsch, Florian. «Psychische Gesundheit von Jugendlichen. Studienergebnisse. Unicef Schweiz und Liechtenstein». 2023. <https://www.unicef.ch/de/unsere-arbeit/schweiz-liechtenstein/psychische-gesundheit>

² Bundesamt für Statistik. *Medienmitteilung*. «Behandlung von psychischen Störungen bei jungen Menschen in den Jahren 2020 und 2021. Psychische Störungen: beispielloser Anstieg der Hospitalisierungen bei den 10- bis 24-jährigen Frauen». <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/23772011>



früher und wolle die Kinder und Jugendlichen ernstnehmen. Das stimmt, auch in den Schulen werden sie bei bestimmten Unterrichtsprojekten eindringlich nach ihrer Befindlichkeit befragt. Sie sollen über ihre Gefühle nachdenken und diese mit Symbolkarten kundtun.

Unter manchen Jugendlichen ist es heute üblich geworden, ihre Gefühle auszubreiten, oft mit einer gewissen Dramaturgie verbunden. Einige finden dann ihre Aufgabe und auch ihre Geltung darin, Freunde zu beraten. Medien greifen die Thematik mit Berichten, Interviews, Filmen usw. auf und geben dabei gleichzeitig Anleitung für medienwirksame Rollenmodelle. Wichtig sind auch die *Social Media*, speziell *TikTok*, in denen man sich in problemspezifischen Gruppen austauscht, allenfalls im Negativen konkurrenziert und sich (meist fragwürdige) Tipps gibt. (Wegen eines mutmasslich mangelhaften Jugendschutzes hat die Europäische Union zu Recht ein formelles Ermittlungsverfahren gegen *TikTok* eingeleitet!) Ein vermeintliches Zusammengehörigkeitsgefühl wird dadurch auf einer kranken Ebene gefördert.

Vergessen geht, dass Unglücklichsein zu den Lebenserfahrungen gehört und nicht automatisch in einer Depression enden muss. Auch steckt selten eine Angststörung dahinter, wenn ein Kind eine Aufgabe, die sich ihm stellt, nicht anpackt, sich dem Schulbesuch verweigert oder sich aus dem sozialen Umfeld zurückzieht. Ein heikles Essverhalten muss nicht der Anfang einer Magersucht oder Bulimie sein, und eine Jugendliche mit Weltuntergangsstimmung ist nicht nahe am Suizid. Selbstverständlich ist ein waches Interesse für die Probleme der Kinder richtig, speziell wenn sie länger andauern und deren Leben nachhaltig beeinträchtigen. Möglicherweise verstärkt und verfestigt aber eine allzu besorgte Aufmerksamkeit ungewollt das Verhalten des Kindes.

Die Übernahme der Pädagogik durch die Psychiatrie

Es ist heute üblich geworden, auffälliges Verhalten von Kindern und Jugendlichen mit psychiatrischen Diagnosen zu belegen – ein einschneidender Eingriff in deren Leben. Diese Entwicklung ist Folge eines Paradigmenwechsels, durch den die Deutungs- und Behandlungshoheit solcher Probleme von der Pädagogik zur Medizin verschoben wurde. Bis in die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts stützte man sich bei uns zur Erklärung und Behandlung problematischer Entwicklungen von Kindern und Jugendlichen auf die sorgfältig erarbeiteten Forschungsergebnisse und Erfahrungen der personalen Humanwissenschaften, welche aus der europäischen Wissenschaftstradition hervorgingen. Diese sind in einem personalen Menschenbild verankert und stellen die individuelle seelische Befindlichkeit sowie die lebensgeschichtliche Entwicklung in den Mittelpunkt. Die menschliche Beziehung wird zum Ausgangspunkt einer komplexen erzieherischen Arbeit.

Dann wurde aus den USA der Trend übernommen, psychische Probleme vorwiegend neurobiologisch zu erklären. Das leitete bei uns die bis heute anhaltende Psychiatisierung der Pädagogik ein. Was damals kurze Zeit ein Diskussionspunkt sogar auf politischer Ebene war, wird heute kaum mehr angesprochen.

Im Jahr 2006 reichten im Zürcher Kantonsrat drei Kantonsrätinnen ein Postulat mit folgendem Wortlaut ein: «Die Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie im Kanton Zürich befindet sich in einem Paradigmenwechsel. Ein biologistisches Menschenbild löst das humanistische und sozialwissenschaftliche ab, und mit diesem verändern sich die Behandlungsweisen von Entwicklungsstörungen, Krankheiten und Verhaltensauffälligkeiten. Psychische Störungen werden vermehrt als biochemische Störungen im Hirn verstanden, und die Behandlung erfolgt zunehmend mit der Gabe von chemischen Substanzen, welche die neurobiologischen Hirnfunktionen so beeinflussen, dass das unerwünschte Verhalten verschwindet. Nach psychosozialen Ursachen und Umweltbedingungen, welche das Auftreten bestimmter Verhaltensauffälligkeiten und psychischer Störungen begünstigen, wird immer weniger gefragt.»³

³ KR-Nr. 202/2006. *Postulat Abgabe von Psychopharmaka in Kinder- und Jugendlichentherapien*. Eingereicht von *Silvia Seiz-Gut* (SP Zürich), *Gabriela Winkler* (FDP Oberglatt), *Heidi Bucher-Steinegger* (Grüne Zürich), 25.10.2006.



Das Postulat stand in Zusammenhang mit der beunruhigenden Zunahme der Verschreibung von *Methylphenidat* (damals unter dem Markennamen *Ritalin* bekannt) an Kinder mit einer AD(H)S. Eine Entwicklung, welche auch die *Nationale Ethikkommission* (NEK) beschäftigte. 2011 warnte sie vor der Abgabe von *Methylphenidat* an Kinder: «Denn durch die Einnahme von pharmakologischen Wirkstoffen zu Zwecken des *Enhancement* wird das Verhalten des Kindes ohne jegliche Eigenleistung verändert. Darin liegt ein Eingriff in die Freiheit und die Persönlichkeitsrechte des Kindes. Weil pharmakologische Wirkstoffe zwar Verhaltensänderungen verursachen, das Kind aber damit nicht lernt, wie es solche Verhaltensänderungen selbst erzielen kann, wird dem Kind eine wichtige Lernerfahrung für eigenverantwortliches Handeln vorenthalten: nämlich sein Verhalten durch eigene Entscheidungen – und nicht (allein) durch fremde Mittel – zu beeinflussen und damit Verantwortung übernehmen zu können. In diesem Sinne wird durch *Enhancement* die Freiheit des Kindes empfindlich eingeschränkt und es in seiner Persönlichkeitsentwicklung gehemmt.»⁴

Die bei der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) in Auftrag gegebene Studie kam zu keiner abschliessenden Antwort, ob eine ungerechtfertigte Medikalisierung vorliege⁵, und die «Neue Zürcher Zeitung» berichtete keinen Handlungsbedarf, weil sich die meisten Eltern gut beraten fühlten und bereits der Bund nach mehreren Vorstössen im Parlament die Entwicklung der ADHS-Fallzahlen beobachten würde.⁶ Nicht beantwortet wurde hingegen die Frage nach dem Paradigmenwechsel im Menschenbild, der im Postulat der drei Kantonsrätinnen 2006 aufgeworfen war.

Ein Paradigmenwechsel im Menschenbild – was heisst das?

Paradigmenwechsel meint einen veränderten Erklärungsansatz, hier für die psychischen Probleme von Kindern. In unserem Fall mag das folgende Beispiel erklärend und hilfreich sein. Es geht um *Leona*, ein Mädchen, wie wir es in unseren Schulen oft antreffen. Sie fiel bereits im Kindergarten auf. Leona konnte kaum ruhig bei einer Aufgabe verweilen, tigerte im Raum herum und störte die anderen Kinder. Dann kam sie in die erste Klasse, und ihr Problem wurde offensichtlicher. Man hatte zwar den Eindruck, sie sei ein kluges Mädchen. Gleichzeitig zeigte sie schwache Leistungen und fiel durch umtriebiges Verhalten auf. Der Unterricht war so organisiert, dass die Kinder selbstständig nach Wochenplan arbeiten sollten. Im Schulzimmer war es oft unruhig, und Leona war Teil dieser Unruhe. Sie löste ihre Arbeitsblätter nur schludrig und schien überfordert. Schnell hatte sie Lücken im Lernstoff. Sie übte nicht gerne, verlegte sich oft aufs Raten oder schummelte. Die sehr bemühte Lehrerin versuchte alles, um Leona zu beruhigen. Ohne Erfolg. So vermutete sie nach einiger Zeit bei Leona eine ADHS und riet den Eltern zu einer Abklärung bei einem kinderpsychiatrischen Dienst. Es folgten verschiedene Gespräche, Fragebögen, die Eltern und Schule auszufüllen hatten, und eine Erkundung des sozialen Umfelds. Schliesslich wurde die vermutete Diagnose bestätigt und auf Grund des von den Eltern geäusserten Leidensdrucks auch die Einnahme von *Methylphenidat* empfohlen.

Leonas Problem – aus biologistischer Sicht

Hinter diesem Vorgehen steht ein bestimmtes Menschenbild, das eine ADHS vor dem Hintergrund einer neurobiologisch-genetischen Theorie erklärt und die Symptome als Folge einer Störung biochemischer Regelkreise im Hirn einordnet. Eine Diagnose für eine ADHS zu stellen sei sehr

⁴ NEK-CNE. «Über die Verbesserung des Menschen mit pharmakologischen Wirkstoffen. Schweizerische Ärztezeitung». 2011; 43. https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK-CNE_Enhancement_d.pdf

⁵ Rüschi, Peter et al. «Behandlung von ADHS bei Kindern und Jugendlichen im Kanton Zürich». ZHAW 2014, S. 71 f. <https://www.zhaw.ch/de/gesundheit/ueber-uns/news/news-detailansicht/event-news/adhs-studie-der-forschungsstelle-gesundheitswissenschaften-ist-veroeffentlicht/>

⁶ Müller, André. «1 von 40 Schulkindern in Zürich nimmt Ritalin». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19.4.2014, S. 17



anspruchsvoll und werde auch kontrovers diskutiert, stellt *Oskar Jenni* (Co-Abteilungsleiter und leitender Arzt der Entwicklungspädiatrie im Kinderspital Zürich und Ausserordentlicher Professor für Entwicklungspädiatrie an der Universität Zürich) fest. Zum einen bestehe Unsicherheit, weil es kein allgemein anerkanntes Störungsmodell gebe, kein zuverlässiger ADHS-Test zur Verfügung stehe und die Störung sich mit anderen Erkrankungen und reaktiven Verhaltensauffälligkeiten zum Teil erheblich überschneide. So falle es in der Praxis bisweilen schwer, zwischen unreifem Verhalten und einer Störung zu unterscheiden, und schliesslich seien ADHS-Symptome kontinuierlich in der Bevölkerung verteilt.⁷

Ein Mauerblümchendasein fristen in jedem Fall pädagogische Überlegungen, die sich an den Stärken der Kinder orientieren. Denn als wegleitend in der (heil-)pädagogischen Theorie und Praxis gilt heute die ICF-CY (*Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit für Kinder und Jugendliche*). Sie teilt die Menschen auf in einzelne Bereiche (Körperfunktionen, Aktivitäten, Teilnahme, Umweltfaktoren und personenbezogene Faktoren), die beschrieben und therapeutisch angegangen werden sollen. Sie ist eng an das ICD-10 gebunden, die europäische Entsprechung des amerikanischen Klassifikationssystems DSM.

Die Problematik des Kindes wird nach ICF-CY in einem Förderplan-Zyklus festgehalten, welcher die obigen Bereiche umschliesst. Daraus werden durch Beobachten, Messen und Zählen festzustellende Förderziele definiert und eine Förderplanung erstellt. In Standortgesprächen wird überprüft, ob oder wie weit die Ziele erreicht wurden, und es werden neue vereinbart.

Die an technische Regelsysteme erinnernde Vorgehensweise wurde tatsächlich aus der Systemtechnik übernommen. Die ICF-CY wurde 2016 von der Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation WHO verabschiedet. Damit war die Psychiatrisierung der Pädagogik Fakt geworden. Statt pädagogischer Überlegungen waren nun an verhaltenstherapeutischen Konzepten orientierte oberflächliche Massnahmen angesagt, mit denen man das ungünstige Verhalten der Kinder reduzieren wollte – was verständlicherweise selten erfolgreich war.

Zurück zum Beispiel: Als Weg für Leona wurde vorgeschlagen, ihr im Schulzimmer einen Platz zu geben, von dem aus sie sich problemlos aus dem Schulzimmer entfernen könne, wenn sie innere Unruhe oder Wut verspüre. Auch sollte sie durch eine Lernzielanpassung (das heisst durch eine Reduktion des Lernstoffes) vom Stoffdruck entlastet werden. In späteren Jahren würde sie mit einem Nachteilsausgleich rechnen können, zum Beispiel mit mehr Zeit zum Lösen von Prüfungen, allenfalls mit einem Arbeitsplatz in einem separaten Raum.

Das alles beruht auf dem biologistisch geprägten Menschenbild, welches den Blick (zu) eng nur auf das einzelne Kind und seine Symptomatik richtet. Diese Herangehensweise an psychische Probleme, die hier am Beispiel von ADHS dargestellt wurde, ist heute vielerorts Usus, wird in den Ausbildungsgängen in Heilpädagogik gelehrt und gelernt und kommt vergleichbar auch bei anderen seelischen Schwierigkeiten zur Anwendung.

Leonas Problem – auf der Grundlage eines personalen Menschenbildes

Den theoretischen Bezugsrahmen für eine psychologisch-pädagogische Betrachtungsweise bilden dagegen die personalen Humanwissenschaften, dazu gehören u.a. die Tiefenpsychologie und die (Kultur-)Anthropologie. Gerade die vom Wiener Arzt *Alfred Adler* in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründete *Individualpsychologie* eignet sich speziell gut dafür, Leonas Problem vertieft zu verstehen. Sie macht eine differenzierte, individuelle Anamnese ihres sozialen und auch kulturellen Umfeldes möglich und wie Leona sich darin bewegt. Alfred Adler hat es Lebensstil genannt. Kernpunkte sind Leonas Beziehungen im familiären Umfeld, ihre Geschwistersituation, der Erziehungsstil der Eltern und die bisherige (Lern-)Biographie. Wie hat Leona diese Gegebenheiten verstanden und welche inneren Schlüsse hat sie für sich daraus gezogen? Wie ist sie innerlich mit ihren

⁷ Jenni, Oskar. «Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung: Warum nicht ADHS-Spektrum?» In: *Monatsschrift Kinderheilkunde. Zeitschrift für Kinder- und Jugendmedizin*. Volume 164 Number 4, (2016) (<https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/182694/1/ADHS-Spektrum.pdf>)



Mitmenschen verbunden? Eine solche Anamnese eröffnet einen anderen Zugang zum Verständnis eines Problems, wie es Leona hat, und sie war auch lange Zeit Grundlage (heil-)pädagogischer Arbeit.

Ein wissenschaftlich fundiertes Arbeitsmodell

Das personale Menschenbild, das der Individualpsychologie eigen ist, aber auch zu den Grundlagen der Pädagogik *Johann Heinrich Pestalozzis* gehört, führte in der Schweiz zur Entwicklung einer wertgeleiteten (Heil-)Pädagogik. Sie verstand sich als eigenständige Wissenschaft und grenzte sich von der Medizin ab. Pioniere waren eng mit der Praxis verbundene Persönlichkeiten wie *Heinrich Hanselmann, Paul Moor, Hermann Siegenthaler, Emil E. Kobi* u.a. – Doch die Forschungsarbeit ging weiter. Was Alfred Adler, seine Schüler und die Wegbereiter der Heilpädagogik entwickelt hatten, ist heute durch Befunde der Anthropologie und der Entwicklungspsychologie und durch die psychotherapeutische Praxis bestätigt und erweitert. Sie erforschten die evolutionär bedingte, soziale Natur des Menschen, richteten den Blick auf die sozialen und kulturellen Einflüsse auf die Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes und untersuchten die für die sozial-emotionale und intellektuelle Entwicklung entscheidende Qualität von Bindungserfahrungen. Deshalb steht uns heute für die pädagogische Praxis ein wissenschaftlich fundiertes Arbeitsmodell zur Verfügung, das sich an den neuesten Forschungsergebnissen orientiert.⁸

Zurück zu Leona

Es zeigte sich, dass sie in ihren familiären Beziehungen wenig Rückhalt hatte. Geschwächt durch einen verwöhnenden Erziehungsstil, fehlte ihr der Mut, sich den Anforderungen des Lernstoffes zu stellen. Mit ihrem unruhigen Verhalten überdeckte sie ihre Unsicherheit. Sie griff dabei auf frühkindlich vorgebildete Bewältigungsmuster zurück und erwartete von den umgebenden Mitmenschen Entlastung.

Für die Lehrerin war deshalb eine verstärkt emotional korrigierende Beziehungsarbeit angezeigt. Das bedeutete, ihr ermutigend und anleitend beizustehen, sie zu fördern und zu fordern und an den Schwierigkeiten und Erfolgen beim Lernen Anteil zu nehmen. Voraussetzung dafür war ein gut strukturierter, anleitender Unterricht, in dem sich die Kinder den Lernstoff gemeinsam erarbeiteten – eine Unterrichtsform, die hohe Ansprüche an die Person des Lehrers stellt. Aber damit war die Grundlage für motivierenden schulischen Erfolg gegeben und ein Umfeld, in dem Austausch gepflegt und Freundschaften mit Gleichaltrigen möglich wurden. So öffnete sich für Leona der Weg zu mehr innerer Flexibilität. Sie nutzte die Chance, einen konstruktiven Beitrag zum Klassengeschehen leisten zu können. Ein Prozess, der erfolgreich war, aber Zeit brauchte.

Am Ende der sechsten Klasse schrieb sie ihrer Lehrerin: «Bald sind Ferien, und die Schulzeit bei Ihnen geht zu Ende. Als ich vor zwei Jahren neu in diese Schule kam, war ich ein rechter Wirbelwind und habe sehr viel Ärger gemacht. Ich habe manchmal die Welt nicht verstanden, wenn Sie mich gestoppt haben und mit mir nicht einverstanden waren. Doch wenn ich jetzt darüber nachdenke, muss ich lachen. Ich sehe die jüngeren Kinder und erinnere mich, wie wir damals waren. Ich bin Ihnen heute sehr dankbar, was Sie für mich gemacht haben, und werde das, was ich gelernt und erlebt habe, in die Oberstufe mitnehmen.»

Nachtrag: eine Diskussion, die nach wie vor ansteht

Das eben Ausgeführte wäre eine mögliche Antwort gewesen auf die Frage der drei Kantonsrätinnen, wie wir Problemen, die sich in der Entwicklung von Kindern ergeben können, begegnen wollen. Es geht um den Paradigmenwechsel, der eine Psychiatrisierung der Heilpädagogik nach sich gezogen hat. Müssen unsere Problemkinder sich mit einer als neurobiologisch-genetisch bedingt bezeichneten «Störung» abfinden (die mancherorts als neuroatypische Variante des Menschseins

⁸ Mit diesen Forschungen verbunden sind Namen wie *Michael Tomasello, Lew Vigotsky, John Bowlby, Mary D. S. Ainsworth, Karin und Klaus Grossmann, Colwyn Trevarthen, Peter Hobsen, Paul L. Harris, Henri Julius* u.a.



hochstylisiert wird)? Oder haben sie das Glück, auf Menschen zu treffen, die ihre Auffälligkeit als geworden im Rahmen ihrer Lebensgeschichte verstehen, sich auf die neuesten, gut validierten Forschungsergebnisse abstützen und daraus einen Weg entwickeln, der den Kindern und ihren Beziehungspersonen Wege in eine optimistischere Zukunft eröffnet? Die Frage nach dem Sinn und Ziel eines Paradigmenwechsels darf nicht «vergessen» werden. Die (heil-)pädagogischen Hochschulen müssten sich die Frage nach Grundlage und Inhalt ihrer Ausbildungsangebote gefallen lassen. Denn heute ist eine Wende zu einer Pädagogik nötig, die sich am personalen Menschenbild und einem wissenschaftlich fundierten Arbeitsmodell orientiert.

381. Anfrage (Ermöglichen von Klein- oder Förderklassen?)

Sitzung vom 29. März 2023. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Die Kantonsrätinnen Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Corinne Hoss-Blatter, Zollikon, haben am 9. Januar 2023 folgende Anfrage eingereicht:

Einem vor kurzem erschienenen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung NZZ ist zu entnehmen, dass der Ansatz der Integration aller Kinder in den Regelunterricht vermehrt in Zweifel gezogen wird. So mehren sich gemäss einer Umfrage die unzufriedenen Stimmen aus der Bevölkerung und aus dem Lehrkörper. Seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes 2005 gilt an den Volksschulen der integrative Ansatz und Kleinklassen sind praktisch abgeschafft. Zwar besteht kein gesetzliches Verbot, aber mit den vom Amt zugeteilten Vollzeiteinheiten (VZE) sind Klein- oder Förderklassen – ohne grossen Einfluss auf die allgemeine Klassenbildung – kaum umsetzbar. Mit der Salamanca-Konvention ist Bildung für alle innerhalb des Regelschulsystems verpflichtend. Die Konvention legt fest, dass Kinder mit Förderbedarf ein Recht darauf haben, am öffentlichen Leben sowie an der öffentlichen Schule teilzuhaben. Die Frage ist also nicht, ob gemeinsam gelernt werden soll, sondern wie.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie will die Bildungsdirektion sicherstellen, dass der Ansatz «Integration vor Separation» in Zukunft sowohl von der Bevölkerung wie auch von Lehrpersonen getragen wird?

[Mehr...](#)

Integrativer Zwischenruf aus Basel-Stadt Romantik statt Praxiserfahrung

Ivb.inform, 2016/2017, Roland Stark

Gastbeitrag von Roland Stark, Heilpädagoge und ehemaliger Präsident der SP Basel-Stadt, unterrichtete fast 40 Jahre Kleinklassen in Pratteln und Basel

Die Oxford Dictionaries haben das Wort «post-truth» (postfaktisch) zum internationalen Wort des Jahres 2016 gewählt. Das Adjektiv beschreibe Umstände, in denen die öffentliche Meinung weniger durch objektive Tatsachen als durch das Hervorrufen von Gefühlen und persönlichen Überzeugungen beeinflusst werde.



Auch die im Kanton Basel-Stadt wieder aufgeflamnte Diskussion über Vor- und Nachteile der integrativen Schule bewegt sich leider weitgehend auf dieser postfaktischen Ebene. Das Erziehungsdepartement behauptet allen Ernstes, dass die im Riehener Einwohnerrat geforderte Wiedereinführung der Einführungsklassen dem Behindertengleichstellungsgesetz widerspreche und deshalb abzulehnen sei. Eine substantielle pädagogische Begründung wird schon gar nicht mitgeliefert.

In der Sonder-, Heil-, Behinderten- oder Rehabilitationspädagogik finden sich allerdings sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, ob das Fortbestehen spezieller Einrichtungen dem Inklusionsgedanken widerspreche. In der UN-Konvention von Salamanca aus dem Jahr 1994 ist an keiner Stelle die Rede davon, dass Sonderschulen abzuschaffen seien. Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.

So kann sich etwa die Gebärdensprache Gehörloser nur dort entfalten, wo den Betroffenen ein entsprechender sozialer Ort bereitgestellt wird. Ähnlich verhält es sich im Hinblick auf intensivpädagogische Settings bei schwer verhaltensgestörten Schülern. «Ein überschaubarer institutioneller Rahmen ist die Voraussetzung dafür», schreibt Prof. Dr. Bernd Ahrbeck, «dass sich intensive Beziehungserfahrungen einstellen, die für eine persönliche Veränderung unabdingbar sind.» (*Inklusion – Eine Kritik*, Verlag W. Kohlhammer 2014) Die Reihe der Beispiele liesse sich fortsetzen.

In der UN-Konvention von Salamanca aus dem Jahr 1994 ist an keiner Stelle die Rede davon, dass Sonderschulen abzuschaffen seien. Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.

Der Kanton Basel-Stadt hat sich entschlossen, die UNESCO-Erklärung mit der generellen Zielsetzung einer «Bildung für alle» kompromisslos umzusetzen: Liquidation der Kleinklassen, Abschaffung der Einführungsklassen, Reorganisationen beim Logopädischen Dienst, bei der Psychomotorik und bei der Sprachheilschule. Die Konsequenz ist nicht etwa eine spürbare Verbesserung des Förderangebots für die schwächeren Kinder, sondern vor allem eine belastende Vermehrung des bürokratischen Aufwandes für die unterrichtenden und beurteilenden Personen.

Diese Bildungspolitik ist aber nicht «alternativlos», um den Lieblingsbegriff der deutschen Kanzlerin zu gebrauchen. «Freiheitlich angelegte demokratische Strukturen vertragen sich nicht mit ekklesialen Alleinseligmachensansprüchen», mahnt Emil E. Kobi, ehemals Privatdozent für Heilpädagogik an der Universität Basel. «Unterschiedliche kulturelle Erwartungen erfordern eine variantenreiche Schule. Schule bedarf, gerade für Behinderte, der Wahl- und Wechselmöglichkeiten. Ein Inklusions-Konzept, das nicht in den Ruch einer *Totalen Institution* geraten will, hat zumindest die Möglichkeit zur Selbst-Exklusion offen zu halten.» (publiziert in «*Heilpädagogik online*», 02/08)

Zurecht weist Kobi darauf hin, dass Erziehung und Bildung stets kultureller Rahmenbedingungen, Orientierungen und einer gesellschaftlichen und ideellen Trägerschaft bedürfen. Es kann deshalb wohl nicht an einer UN-Konferenz in der schönen Stadt in Kastilien-León entschieden werden, welche spezifischen Schulformen in Basel-Stadt oder Riehen zulässig sind.

Fast allen Fachleuten, den Pädagogen an der «Front» sowieso, ist klar, dass verhaltensauffälligen, lerngestörten, sozial, oft auch sprachlich und kulturell noch nicht integrierten Kindern eine besonders geförderte Schulentwicklung geboten werden muss. Die «integrative Schule» bietet dafür nur ein ungenügendes, für alle Beteiligten oft frustrierendes Angebot.



Dazu kommt noch ein kaum übersehbarer Etikettenschwindel: Die heilpädagogische Betreuung in einer Vielzahl von Programmen und Personen führt zu einer Verzettelung des Unterrichts, zu Unruhe und Konzentrationsproblemen. Die Schüler sind formal «integriert», sie stehen schliesslich auf der gleichen Klassenliste, werden aber häufig separiert unterrichtet. Den Kindern fehlt dann eine stabile und vertraute Lernumgebung, wie sie in den unterdessen verteuerten, fälschlicherweise als integrationsfeindlich denunzierten Kleinklassen gewährt wurde.

**Die Konsequenz ist nicht etwa eine spürbare
Verbesserung des Förderangebots für die
schwächeren Kinder, sondern vor allem eine
belastende Vermehrung des bürokratischen
Aufwandes für die unterrichtenden und
beurteilenden Personen.**

Kritikern der «integrierten Schule», die sich nicht vorbehaltlos der karitativ-missionarischen Agitation unterwerfen und sich einem «romantisierenden Idealismus» (Kobi) verweigern, werden Vorurteile, falsches Bewusstsein, Aberglaube, antiquiertes Denken, mangelnde geistige Beweglichkeit vorgeworfen und zuweilen stellt man sie sogar unter Rassismusverdacht.

**Fast allen Fachleuten, den Pädagogen an der «Front»
sowieso, ist klar, dass verhaltensauffälligen,
lerngestörten, sozial, oft auch sprachlich und kulturell
noch nicht integrierten Kindern eine besonders
geförderte Schulentwicklung geboten werden muss.**

Schulpolitische Fragen werden hierzulande kaum kontrovers debattiert. Es herrscht ein Klima der Diskussionsverweigerung. Der Forderung, Einführungs- oder gar Kleinklassen wieder einzuführen, wird nicht mit pädagogischen, sondern fast ausschliesslich mit formalen Argumenten begegnet. Aus dem Dokument von Salamanca leitet sich das Konkordat Sonderpädagogik ab, davon das revidierte Schulgesetz. Und daraus wiederum der absolute Integrationsauftrag. Ein geschlossener, widerspruchsfreier Kreislauf. Wir kennen das Muster von päpstlichen Enzykliken.

«Die Wirklichkeit dringt nicht in die Welt des Glaubens», klagt Marcel Proust. Eine verhängnisvolle Entwicklung. Nicht nur, aber vor allem für die Schulen.

Von der Not der Noten – und ihrem Wert

Condorcet Bildungsperspektiven, 4. März 2024, Carl Bossard

Ein alter pädagogischer Schauplatz öffnet sich neu – der Disput um die Noten. Wer sie abschaffen will, verkennt den Wert der Noten. Das System dient Schülerinnen, Lehrern und Eltern als unkomplizierte Orientierung. Entscheidend bleibt dabei das lernförderliche Feedback. Gedanken zu einer kontroversen Thematik von Condorcet-Autor Carl Bossard.

Die «Abschaffung der Noten» kommt als professionelle Forderung daher

Den Ziffernoten geht es an den Kragen. Sie sind umstritten, vielfach gar denunziert. Wie schon so oft, seit es sie gibt. Und dennoch haben sie bis heute Bestand. Einen Frontalangriff auf die Noten startete vor Kurzem der Präsident des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz, Thomas



Minder.¹ Er leitet die Dachorganisation von 20 Kantonalverbänden der deutschsprachigen Schweiz, welche rund 2300 Schulverantwortliche zählt. Minder will die Noten eliminieren. Schülerinnen und Schüler sollten sich am Ende der Primarschule selbst selektionieren. Ziffern seien hier fehl am Platz. Sie gehören darum abgeschafft, postuliert der oberste Schweizer Schulleiter – für viele wohl mit etwas gar naivem reformpädagogischem Eifer. Zudem erstaunt es, dass die Abschaffung der Noten als professionelle Forderung daherkommt und so tut, als gäbe es keine Politik und keine öffentliche Meinung.² Die Bevölkerung will mehrheitlich keine “notenfreien Schulen” – das ergibt sich aus Umfragen von Elterngremien und aus den Resultaten kantonaler Abstimmungen.³

Gleichzeitig wissen wir um das Konträre: Noten seien unverzichtbar, ja “unabdingbar, um Fairness und Vergleichbarkeit zu garantieren”, schreibt beispielsweise die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Prof. Susanne Lin-Klitzing, Erziehungswissenschaftlerin an der Philipps-Universität Marburg.⁴ Ein kontroverses Patt! Oder auf gut Deutsch: Die einen sagen so, die andern anders.

Der Züricher Kantonsrat als Abbild der Diskursfronten

Genau dieses argumentativ widersprüchliche Bild zeigte sich letztes Jahr im Zürcher Kantonsrat. Zur Debatte stand eine parlamentarische Initiative zur Notenpflicht in der Volksschule. Eingbracht hat sie die freisinnige Kantons- und Stadträtin Astrid Furrer aus Wädenswil. Die Initiantin wollte das Volksschulgesetz ändern. Das Ziel: Die Beurteilung der Leistung im Semesterzeugnis muss zwingend durch Noten erfolgen. Alternative Benotungssysteme wie Smileys und Krönchen oder Farbbalken à la Stadtschule Luzern⁵ sind nur in der ersten Klasse und bei sonderpädagogischen Massnahmen erlaubt. Schulnoten dürften nicht dem pädagogischen Zeitgeist zum Opfer fallen, so die Angst und Absicht der parlamentarischen Mehrheit; sie müssten darum im Gesetz verankert sein.

Das kam einem Misstrauensvotum gegenüber der Zürcher Bildungsdirektion und dem Bildungsrat gleich. Ende Juni 2022 stimmte der Kantonsrat mit 101 Ja zu 62 Nein der Gesetzesänderung deutlich zu – nach langer und hitziger Debatte.⁶ Die bürgerlichen Parteien, die Grünliberalen und die Mitte sprachen sich für die Vorlage aus, Links-Grün und die EVP votierten geschlossen dagegen.⁷

Die Skepsis gegenüber den Noten und ihr ramponierter Ruf

Die Debatte “Kein Verzicht auf Schulnoten” brachte all das zutage, was wir aus dem Diskurs um die Ziffernote längst kennen: Warum sie einerseits umstritten ist, und aus welchen Gründen sie andererseits für die Lernleistungs-Bewertung in Schulen bis heute offenbar als unverzichtbar gilt.⁸

¹ Thomas Minder (2023), Schluss mit der Selektion, in: Fritz+Fränzi. Das Schweizer Elternmagazin, 31.08.2023: <https://www.fritzundfraenzi.ch/gesellschaft/schluss-mit-der-selektion/> [abgerufen: 10.10.23]

² Livesendung Forum von SRF 1: <https://www.srf.ch/audio/forum/sind-schulnoten-noch-zeitgemaess?id=12449418>

³ Verschiedene Kantone kehrten per Volksabstimmung wieder zum Notenobligatorium in der Primarschule zurück, so der Kanton Genf oder der Kanton Appenzell Ausserrhoden. Zu Noten kehrten auch Schulgemeinden zurück – mit der Begründung, manchen Kindern fehle sonst der Lernleistungswille.

⁴ Kathrin Müller-Lancé, Sind Noten noch zeitgemäss?, in: Süddeutsche Zeitung, 29.09.2023, S. 6.

⁵ An den Stadtschulen Luzern steht nun statt der Note 4 ein «teilweise erreicht» – dazu ein Kreuz im Balken zwischen Gelb und Orange, in: <https://www.zentralplus.ch/beruf-bildung/warum-selbst-luzerner-schueler-noten-bevorzugen-2577229/> [abgerufen: 10.10.23]

⁶ <https://parlzhcdws.cmicloud.ch/parlzh5/cdws/Files/d389c7032ab94daba70e5487bcec3552-332/5/pdf> [abgerufen: 10.10.23]

⁷ Daniel Schneebeli, Jetzt kommt die Notenpflicht ins Gesetz, in: TagesAnzeiger, 05.07.2022, S. 17.

⁸ Vgl. Protokoll der beiden Debatten im Kantonsrat vom 24.02.2020 und vom 03.05.2022: KR-Nr. 69/2020. Msc. unpubl.



Die Note sei, so ein Teil der Voten, unpräzise oder eben scheinbar genau und gleichzeitig informationsarm. Dazu sei ihr Zustandekommen nicht selten intransparent, manchmal gar willkürlich.⁹ Noten trügen kaum zur Bildungsgerechtigkeit bei und bezögen sich nicht auf den individuellen Lernfortschritt, sondern einzig auf den Klassendurchschnitt.¹⁰ Diese sogenannten “Referenzgruppeneffekte” verfälschten die Noten, denn jede Klasse sei unterschiedlich leistungsstark.¹¹ Zudem widersprächen sie dem Ideal des intrinsischen oder selbstgesteuerten Lernens mit dem Schwergewicht auf dem eigenen Lernweg.

“Misstraut allen Noten!”, liess darum der Erziehungswissenschaftler Hans Brügelmann, Universität Siegen, die ZEIT-Leserschaft apodiktisch wissen.¹² Anstrengungen, die nur um des Prädikats willen getätigt würden, seien pädagogisch von geringem Wert. “Motivieren ohne Noten” nennt sich dieses suggestive Stichwort der Schulkritik von 1990.¹³ Die These: Schülerinnen und Schüler lernten besser, wenn sie nicht durch Noten angeleitet würden.¹⁴ Vergessen geht bei diesem Einwand, dass Lernende nicht primär durch einen isolierten Kommentar oder eine Note motiviert werden, sondern durch inspirierende Lehrerinnen und leidenschaftliche Pädagogen.

Schülerinnen und Schüler wollen wissen, wo sie stehen

Aller Kritik zum Trotz: Warum gibt es sie denn immer noch, diese Noten? Sie sind ja nichts anderes als ein verkürztes Feedback darüber, was zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer Lerngruppe gekonnt, gewusst, verstanden wird. Die Ziffernote als Kürzel basiert auf dem vergleichenden Leistungsurteil durch eine Lehrperson. Nicht mehr, nicht weniger. Was also macht ihren Wert aus?

Anders als verbale Beurteilungen erlauben Noten keine rhetorischen Beschönigungen.

Kurz gesagt: Noten sind eine bewährte Form von Feedback und für die Kommunikation der Schulen nach aussen – Arbeitgeber, Eltern et al. – ohne ebenbürtigen Ersatz, ist Jürgen Oelkers, Erziehungswissenschaftler und emeritierter Professor der Universität Zürich, überzeugt. Alle anderen Formen hätten nicht annähernd den gleichen Grad leichter Verständlichkeit. Anders als verbale Beurteilungen erlauben Noten keine rhetorischen Beschönigungen. Ziffern führen kaum zu Wortklaubereien. Worte können verletzen; Zahlen sind neutraler. Zudem gilt: Schülerinnen und Schüler «vergleichen sich immer, egal ob sie Noten bekommen oder Berichtszeugnisse», sagt Ulrich Trautwein, Bildungsforscher an der Universität Tübingen.¹⁵ Sie wollen wissen, wo sie in der Klasse stehen, wo ihre Fähigkeiten liegen und ob sie sich verbessert haben. Noten ermöglichen auf einfache Art, Schüler-Lernleistungen in Relation zu Standards zu setzen und schulisches Können zu vergleichen – als Grundlage für ein lernförderliches Feedback. Ein Verzicht auf Vergleiche greift das Leistungsprinzip der Schule an.

⁹ Urteile der Lehrpersonen mit Blick auf ihre Klasse sind recht verlässlich; darauf verweist Jürgen Oelkers. Er stützt sich dabei u.a. auf Franz E. Weinert (2001) (Hrsg.), Leistungsmessungen in Schulen. Weinheim/Basel: Beltz-Verlag.

¹⁰ Vgl. Wilfried Kronig (2007), Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs. Theoretische Erklärungen und empirische Untersuchungen zur Lernentwicklung und zur Leistungsbeurteilung in unterschiedlichen Schulklassen. Bern und Stuttgart: Haupt Verlag, S. 171ff.

¹¹ Karlheinz Ingenkamp (1995), Die Fragwürdigkeit der Zensurengebung. Texte und Untersuchungsberichte. 9. Aufl. Weinheim: Beltz Verlag, S. 194ff.

¹² Hans Brügelmann (2006), Misstraut allen Noten!, in: DIE ZEIT, 13.07.2006, S. 52; vgl. Lisa Kunze (2022), Dialogbasierte Leistungsbeurteilung mit Portfolios. Theoretische Grundlagen, praktische Umsetzungsmöglichkeiten und empirische Befunde. Münster: Waxmann Verlag.

¹³ Richard Olechowski/Karin Rieder (1990) (Hrsg.), Motivieren ohne Noten. Schule, Wissenschaft und Politik. Bd. 3. Wien [u.a.]: Verlag Jugend und Volk; vgl. Jürgen Oelkers, Warum Noten in der Schule? Msc. unpubl. Zürich: IfE, S. 2.

¹⁴ Jürgen Oelkers, Beurteilen und Fördern – Notwendige Noten? Schulinfo Zug. 06.05.2019, S.2/6.

¹⁵ Ulrich Trautwein, «Sie wollen immer wissen, wo sie stehen», in: DIE ZEIT, 31.08.2023, S. 33.



Schule und Unterricht im dialektischen Spannungsfeld

Lehrerinnen und Lehrer stehen bei ihrer Arbeit im vielfachen Dilemma. Unterrichten ist eingebettet in dialektische Prozesse. Sie lassen sich nicht auflösen, sie lassen sich nur aushalten und konstruktiv handhaben. Auch bei den Noten. Die Ambiguitäten resultieren aus den widersprüchlichen Spannungsfeldern zwischen dem pädagogischen und dem soziologisch-gesellschaftlichen Auftrag der Schule, zwischen dem individuellen und sozialen Fördern, orientiert am Pädagogischen, sowie dem Leistungsprinzip, zentriert auf inhaltliche und kompetenzorientierte Bildungsziele. Die Schule kann gar nicht anders, als diese Widersprüche zu akzeptieren, wenn sie glaubwürdig bleiben will. Personifiziert ausgedrückt: Schule verkörpert den Antagonismus zwischen Wilhelm von Humboldt und Helmut Schelsky. Es ist ein Konflikt zwischen dem Bilden als Selbstbildung, dem Ausbilden als Qualifikation und dem Integrieren als Sozialisation einerseits sowie dem Selektionieren andererseits.¹⁶ Das macht manchen Lehrpersonen zu schaffen, auch am Gymnasium. Korrigieren, bewerten und Noten setzen – und damit auch begabungsgerecht selektionieren, das kann nicht an Maschinen, nicht an digitale Test- und Bewertungswerkzeuge delegiert werden.¹⁷ Es ist eine delikate, nicht selten mühsame Aufgabe. Für viele bedeutet sie eine Art *Sacrificium Intellectus*.

Nicht alle Jugendlichen können zu allen Ausbildungen und Berufen gelangen. Entschieden wird nach Lernleistung. Das gilt im Besonderen für den Übertritt ans Gymnasium.

Lern- und Denkleistungen beurteilen und sie gerecht bewerten ist ein verantwortungsvoller Vorgang. Er gehört konstitutiv zum Berufsauftrag. Nicht alle Jugendlichen können zu allen Ausbildungen und Berufen gelangen. Entschieden wird nach Lernleistung. Das gilt im Besonderen für den Übertritt ans Gymnasium. Zu bilden sind hier möglichst leistungshomogene Klassen. Sie erleichtern gutes Lernen.¹⁸ Das Ersetzen von Noten durch Buchstaben oder Ampelfarben, durch Wörter oder Kreuzchen wäre lediglich pädagogische Kosmetik und änderte daran nichts.¹⁹ Der Auftrag bleibt: den Jugendlichen nach ihren Fähigkeiten und Interessen neue Wege aufzeigen. Zu evaluieren und zu bewerten sind die Lernleistungen. Sie sind der einzig sozialneutrale und damit auch demokratiegemässe Massstab. Wo aber kann nach Lernleistungen gemessen werden? An der Schule, nur an der Schule.

Hohe Grundansprüche an die Beurteilung

Noten aber sind ein komplexes Instrument und reflektiert zu vergeben. Sie hängen mit Prüfungen zusammen. Sie sollten so verlässlich wie möglich sein. Lehrkräfte müssen darum versuchen, allfällige Fehlerquellen auszuschliessen.²⁰ Darum basieren gute Prüfungen, so hat man es uns in der Ausbildung gelehrt, auf vier Grundansprüchen:

- **Validität:** Was gemessen wird, entspricht dem, was man messen will. Und das Geprüfte ist eine bedeutsame und anerkannte Kompetenz.

¹⁶ Gegen diesen Selektionsauftrag wehrt sich Thomas Minder, Präsident der Schweizer Schulleiter.

¹⁷ Nils B. Schulz (2023), Kritik und Verantwortung. Irrwege der Digitalisierung und Perspektiven einer lebendigen Pädagogik. München. Claudius Verlag, S. 121.

¹⁸ Wie wichtig lernleistungshomogene Klassen für gutes Lernen sind, zeigen Studien auf, u.a. von Prof. Wolfgang Schneider, Universität Würzburg, und aus den USA; vgl. Kari Kälin, Unter gleich Guten lernt es sich besser, in: Luzerner Zeitung, 23.03.2013, S. 12 (Hintergrund).

¹⁹ Winfried Kronig, Schulnoten – Glasperlenspiel des Bildungssystems, in: Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik (2010) 9, S. 6-7.

²⁰ Kathrin Müller-Lancé, a.a.O., S. 6.



- **Objektivität:** Die Beurteilung erfolgt nicht willkürlich; andere Bewertende kämen zur selben Ansicht. Und vor allem eines: Das Urteil muss frei von Vorurteilen gegenüber der geprüften Person sein.
- **Reliabilität:** Die Prüfung ist keine flüchtige Momentaufnahme. Darum müssten die Lernenden beim Wiederholen des Tests zu den approximativ gleichen Resultaten kommen.²¹
- **Vergleichbarkeit:** Geprüfte Schülerinnen und Schüler sollten in ihrer Lernleistung mit anderen verglichen werden können. Die Note 5 müsste in allen parallelen Klassen möglichst dasselbe bedeuten.

Noten sind nicht das Problem, Noten sind eine Hilfe

Wer den Prüfungen diesen Massstab zugrunde legt, schafft Klarheit und Erwartungssicherheit. Schülerinnen und Schüler wissen, dass es ums Bewerten ihrer Lernleistung geht, ihres Könnens und Verstehens – und nicht der Persönlichkeit. Sie akzeptieren die Note. In einem wertschätzenden Umfeld, in einer positiven und ermutigenden Atmosphäre sind Noten darum nicht das Problem, sondern eine Hilfe; sie generiert Transparenz und Sicherheit.

Das zeigt die Forschung, das legt die eigene Erfahrung nahe. Ein einziges Beispiel illustriert es: Ein Fünftklass-Gymnasiast hat in Chemie eine 4.5, sein Freund erreicht lediglich eine 3.5. Er will sich verbessern und gleichzeitig seinem Freund helfen. Der Chemielehrer gibt Feedback und zeigt ihm Wege, wie er das Lernen steuern kann.²² Der Schüler vertieft sich in die Materie. Beim Lernen auf die Prüfung erklärt er seinem Freund den verlangten Inhalt. Im nächsten Zeugnis hat er eine 5, sein Freund eine 4. Diese Note habe ihm Klarheit verschafft, den Lernfortschritt signalisiert und ihn gleichzeitig motiviert, liess er mich als Klassenlehrer beim Überreichen der Zeugnisse wissen. Lernen lohne sich, fügte er verschmitzt bei. Dass (auch notenmässig belegte) Lernfortschritte das positive Selbstkonzept fördern, zeigte sich im Maturazeugnis. Er erreichte, notabene bei einem gestrengen Chemielehrer, eine blanke Sechs – und studierte dann an der ETH Zürich.

Feedback mit hohem Wirkwert

Noch etwas zeigt das Beispiel: Entscheidend ist das lernfördernde Feedback – im Sinne der Artikulation der Differenz zwischen Sein und Sollen, und dies in dreifacher Hinsicht: bezogen auf die Sache, auf den Prozess und auf die Selbstregulation. In der Metapher des OL-Sports gesprochen: Wo sind wir? Wohin wollen wir? Und wie kommen wir dorthin; welchen Weg wählen wir? Das müssten wir institutionalisieren und praktizieren. Und das müsste in der Schule intensiv und konkret erfolgen und vor allem in der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule aufgezeigt und eingeübt werden. Die Einschätzung des Leistungsniveaus durch die Lehrperson hat nach John Hattie den höchsten Wirkwert aller Einflussgrössen aufs Lernen.²³

Die Abkehr vom klassischen Notenmodell bringt den Kindern und Jugendlichen keinen Mehrwert, den Lehrpersonen aber mehr Arbeit.

Für diese Feedbacks müssten die Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr Zeit und Freiraum haben. Sie geben den Noten ihren Gehalt und Wert. Das Feedback gehört zu den effektivsten Instrumenten, die den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern steigern. Es muss an den Inhalt gebunden und sprachlich präzise formuliert sein und in einer fehlerfreundlichen Lernatmosphäre erfolgen. Darauf müsste sich eine gute Schule konzentrieren. Die Abkehr vom klassischen Notenmodell bringt den

²¹

²² Gemäss Hattie ist dies ein Feedback zur Selbstregulation; es hat einen hohen Effektwert ($d = 0.86$).

²³ Klaus Zierer (2023). Hattie für gestresste Lehrer 2.0. Kernbotschaften aus „Visible Learning“ mit über 2.100 Meta-Analysen. 4. erweiterte und aktualisierte Auflage. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S.137, 172; Hatties Wirkwert hat eine Effektgrösse von $d = 1.46$.



Kindern und Jugendlichen keinen Mehrwert, den Lehrpersonen aber mehr Arbeit. Es ist ein unnötiges Drehen an einer (Neben-)Stellschraube – ohne den Blick auf das systemische Ganze mit den anspruchsvollen Lehr- und Lernprozessen zu richten. Auf dieses Kernanliegen hat sich das System wieder zu konzentrieren.

Zur Person: Carl Bossard, Dr. phil, dipl. Gymnasiallehrer, ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Davor war er als Rektor der Kantonalen Mittelschule Nidwalden und Direktor der Kantonsschule Luzern tätig. Er hat immer auch unterrichtet – und Lernleistungen bewertet. Heute begleitet er Schulen und leitet Weiterbildungskurse. Er beschäftigt sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen. www.carlbossard.ch

Die Schule hat ernsthaftere Probleme

Blick, 3. März 2024

Replik auf Schulnoten-Debatte • Die GLP-Nationalrätin stört sich an der Kritik über Schulnoten. Es gäbe wichtigere Probleme wie beispielsweise der Lehrermangel oder die Integration.

Die Kritik an den Schulnoten beruht auf falschen Annahmen. Noten sind keine objektiven Aussagen über das fachliche Können wie der geeichte Wert eines Intelligenzquotienten. Noten sind Messlaten, die laufend den Lernerfolg im jeweiligen Unterricht dokumentieren. Sie hängen ab vom Grad der Mitarbeit, der Anstrengungsbereitschaft und der Begabung. Die Bereitschaft, sich anzustrengen, kann im Jugendalter immer wieder stark variieren.

Zeugnisnoten sind Durchschnittswerte. Sie bilden ab, was im Laufe eines Semesters oder Jahres im Unterricht geleistet wurde. Wenn Lehrbetriebe das objektive Können eines Jugendlichen für einen spezifischen Beruf kennen wollen, müssen sie dies selbst überprüfen. Noten sind eine einfache, schnelle Rückmeldung an die Schülerinnen und Schüler, wie gut sie etwas in den vergangenen Lektionen gelernt und begriffen haben, nicht mehr und nicht weniger.

Die Notendebatte geht an den realen Problemen der Schulen vorbei: Der gravierende Lehrermangel gefährdet die Unterrichtsqualität, ein Viertel der Volksschulabgängerinnen und -abgänger ist nicht in der Lage, einen einfachen Text zu verstehen, die aus dem Ruder gelaufene Integration belastet die Regelklassen und die Überfrachtung der Lehrpläne führt zu Beliebigkeit.

Reformvorschläge sollten praxisnah und umsetzbar sein und die täglichen Herausforderungen des Unterrichts nicht noch zusätzlich belasten. Es ist Zeit, Nebenschauplätze zu verlassen und die Energie in konstruktive und nachhaltige Lösungsvorschläge zu investieren.

* Katja Christ ist GLP-Nationalrätin und Mitglied der Bildungskommission.

Je reicher, desto eher ins Gymnasium

NZZ, 6. März 2024, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Pro Jahr treten 8000 Primar- und Sekundarschüler zur Zentralen Aufnahmeprüfung für die Zürcher Mittelschulen an. Wie viele Kinder bestehen, ist je nach Wohngemeinde extrem unterschiedlich, wie eine Datenanalyse der NZZ zeigt

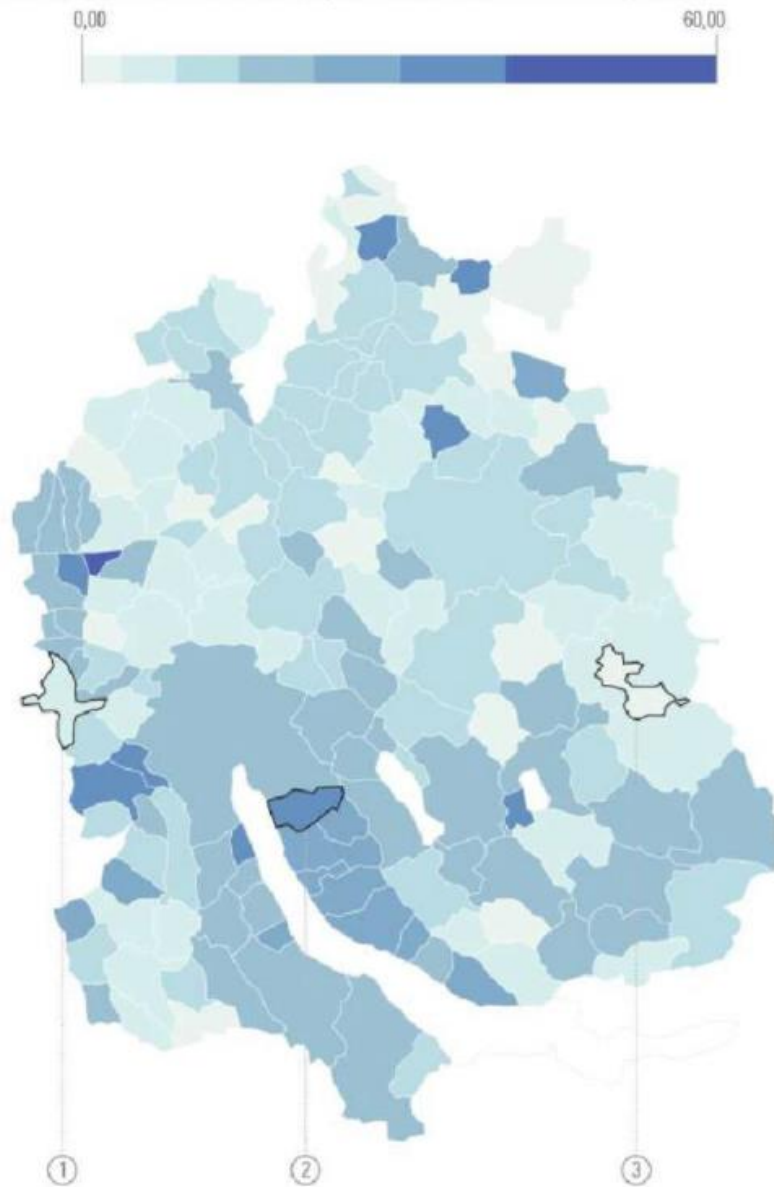
Das Gymi-Paradies und die Gymi-Wüste sind nur eine kleine Anhöhe voneinander entfernt. Uitikon und Dietikon trennen fünf Kilometer Luftlinie, fünfzehn Fahrminuten und rund 80 000 Franken an durchschnittlichem steuerbarem Einkommen. In Uitikon – einem ruhigen Vorort von Zürich, ländlich und doch nah an der Stadt – gehen von 100 Primarschülern 37 ins Gymnasium, ein kantonaler Spitzenwert. In Dietikon – einer dicht bebauten Agglo-Gemeinde, direkt an Bahnlinie und Autobahn – sind es bloss deren vier.



In Uitikon, sagt die dortige Schulpräsidentin Caroline Cada, sei die Elternschaft bildungsnah, das Gymi sei früh ein Thema und der zusätzliche Unterstützungsbedarf bei der Vorbereitung gering. «Kinder, deren Eltern schon im Gymi waren, schlagen selbst eher diesen Weg ein», sagt Cada. «Das zeigt sich auch bei uns.»

Wo die Kinder nach der Primarschule ins Gymi gehen und wo nicht

Anteil Schülerinnen und Schüler, die von der 6. Primarklasse ins Gymnasium übertreten, nach Gemeinde (in Prozent)



- ① In Agglo-Gemeinden wie Dietikon schaffen es wenige ans Gymnasium. ② In Goldküsten-Gemeinden wie Zollikon sind es dagegen viele.
③ Auch Landgemeinden wie Wila im Tössstal haben eine tiefe Gymi-Quote.

QUELLE: BILDUNGSSTATISTIK KANTON ZÜRICH

NZZ / spj

In Dietikon, sagt der dortige Leiter Bildung Pier Antonio Chalfajew, wohnen seit je viele, die aus finanziellen Gründen aus Zürich ins Limmattal ausgewichen. Es hat wenig Akademiker, viele Geringverdiener und 60 bis 80 Prozent fremdsprachige Kinder in der Schule. «Das Gymi ist hier nicht der Königsweg», sagt Chalfajew. «Viele – selbst sehr Begabte – trauen es sich teilweise nicht zu.»

Rund 8000 Primar- und Sekundarschüler treten jedes Jahr zur Zentralen Aufnahmeprüfung für die Zürcher Gymnasien an, so war es auch am vergangenen Montag wieder. Jeweils die Hälfte besteht, die andere Hälfte nicht. Die Erfolgchancen sind dabei jedoch sehr ungleich verteilt. Welchen Kindern gelingt der umkämpfte Gymi-Einzug am ehesten? Und warum? Die NZZ beleuchtet vier



verbreitete Irrtümer über den Zürcher Gymi-Einzug – mit einer exklusiven Datenanalyse zu allen Schulgemeinden des Kantons.

Irrtum 1: Die Unterschiede sind gar nicht so gross

Das stimmt nicht. Wie viele Kinder ins Gymnasium gehen, ist je nach Gemeinde extrem unterschiedlich. Das zeigt sich nicht nur in Uitikon und Dietikon. Es zeigt sich auch, wenn man die wohlhabende Goldküste mit dem abgelegenen Tösstal vergleicht. In Gemeinden wie Meilen, Küsnacht oder Zollikon geht jeder dritte oder vierte Sechstklässler nach der Primarschule ins Gymi. In Bauma, Turbenthal oder Zell ist es jeder fünfzehnte bis zwanzigste. In der Stadt Zürich zeigen sich ähnliche Unterschiede: Im Arbeiterquartier Schwamendingen gehen 8,1 Prozent der Sechstklässlerinnen und Sechstklässler ans Gymnasium. Im exklusivsten Quartier der Stadt – dem Zürichberg – sind es 34,1 Prozent, also gut vier Mal so viele.

Interessant ist auch der Fall der Agglomerationen: Rund um den Zürichsee gehen viele Kinder ins Gymnasium. Dort ähneln die Gemeinden dem Profil von Uitikon: exklusive Lage, grosszügige Wohnflächen, hohe Quadratmeterpreise. Im Norden der Stadt, dem ehemaligen Industriegürtel, schickt man die Kinder hingegen weniger ins Gymi. Schlieren, Dietikon, Opfikon, Regensdorf: Der Wechsel an die Mittelschule ist dort die grosse Ausnahme. Die Sozialhilfe- wie auch die Ausländerquote liegen über dem kantonalen Schnitt.

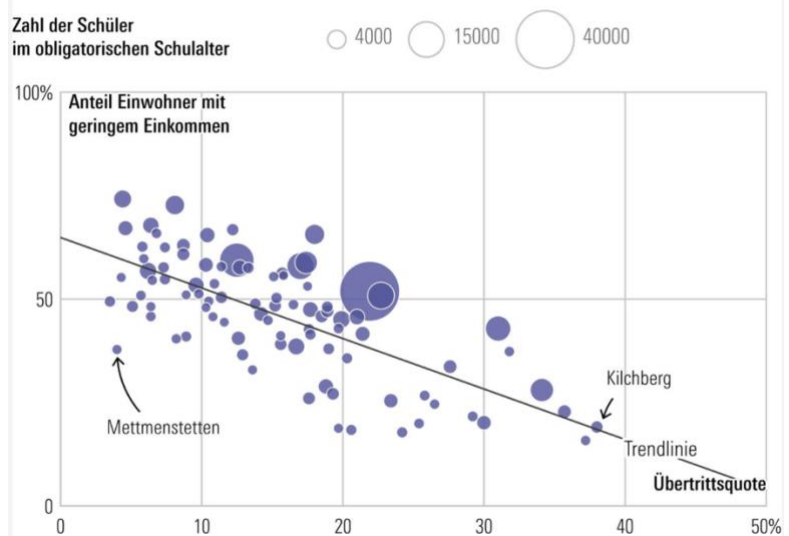
Der Dietiker Leiter Bildung Pier Antonio Chalfajew sagt: «An der Goldküste sind die Lehrpersonen in der 6. Klasse extrem unter Druck bezüglich Gymi-Quote. Da drohen die Eltern bei schlechten Vornoten schnell mit dem Anwalt. Bei uns ist das nicht so. Unsere Kinder müssen sich, mithilfe ihrer engagierten Lehrpersonen, gute Vornoten erarbeiten.»

Über den ganzen Kanton gesehen schaffen 15,9 Prozent der Primarschüler den Übertritt, also etwa jeder und jede sechste. Das heisst: Wäre die Gymi-Quote überall gleich – könnten also die Schulgemeinden einen fixen Prozentsatz ans Gymnasium schicken –, dann könnte Uitikon weniger als halb so viele schicken wie bisher, Dietikon dagegen mehr als drei Mal so viele.

[...]

Je tiefer die Einkommen in einer Gemeinde sind, desto weniger Kinder gehen ins Gymnasium

Quote der Übertritte ins Gymnasium nach der 6. Primarklasse und Einkommen in Zürcher Gemeinden



Das Zusammenhangsmass (R^2) beträgt 0,504. Berücksichtigt wurden nur Gemeinden mit 500 oder mehr Schülern im obligatorischen Schulalter. Einkommensdaten von 2024, Quote der Übertritte für das Schuljahr 2022/23.

Wie viel sie büffeln, ist an der Prüfung egal

Tages-Anzeiger, 24. Februar 2024, Zürich, Daniel Schneebeili

Aufnahme ins Gymnasium in Zürich • Gute Schulnoten sind entscheidend für die Zulassung. Das stört Eltern und auch Fachleute. Doch Studien zeigen: Es ist kein gerechteres Verfahren bekannt.



In zahlreichen Familien steuert das Lampenfieber auf den Höhepunkt zu. Am 4. März finden im Kanton Zürich die Aufnahmeprüfungen für die Gymnasien statt. Ungefähr 9000 Kinder und Jugendliche nehmen teil, die eine Hälfte wird es schaffen, die andere Hälfte nicht.

Es ist ein Selektionsverfahren, das nicht nur die Kandidatinnen und Kandidaten teilweise als brutal und ungerecht empfinden. In der Politik gibt es regelmässig zu reden. Die Abschaffung der Prüfung, die Abschaffung des Langgymis, mehr Gerechtigkeit für sozial Benachteiligte werden gefordert.

Damit es nicht nur diejenigen Jugendlichen ans Gymi schaffen, die sich in teuren Paukerkursen vorbereiten können, sondern auch diejenigen mit dem grössten Potenzial, hat der Kanton Zürich zwischen 2010 und 2017 mit einem Intelligenztest, einem weiteren möglichen Aufnahmekriterium, experimentiert. Die Fachleute hatten gehofft, die Benachteiligung von begabten Unterschichtskindern verringern zu können.

Gratisvorbereitung bald obligatorisch?

Diese Erwartung erfüllte sich jedoch nicht, dafür gab es ein anderes erstaunliches Resultat in den Intelligenztest-Versuchen: Wenn mit der Aufnahmeprüfung jemand benachteiligt wird, sind es die Knaben. So hatten mehrere Dutzend Knaben die Gymiprüfung verpatzt, welche in den Intelligenztests Höchstresultate erbracht hatten.

Im vergangenen Jahr kam im Kantonsrat erneut die altbekannte Kritik am Zürcher Übertrittsverfahren auf. Für Kantonsrat Thomas Forrer und Kantonsrätin Karin Fehr (beide Grüne) bevorteilt es die Kinder, welche an den teuren Kursen der «Vorbereitungsidee» teilnehmen können.

Unter dem ständig wiederkehrenden politischen Druck ist das Aufnahmeverfahren in den letzten zwei Jahrzehnten mehrfach geändert worden. So werden heute in allen Gymnasien die gleichen Prüfungsaufgaben gestellt, und die Antworten werden nach einheitlichen Kriterien korrigiert. Das war früher anders. Jedes Gymnasium hatte eigene Prüfungen und korrigierte nach eigenem Gutdünken.

Die meisten Volksschulen bieten heute eine kostenlose Gymivorbereitung an, die demnächst für alle Schulen obligatorisch werden könnte. Die Bildungsdirektion hat einen entsprechenden Vorschlag in die Vernehmlassung gegeben. Um die Fairness weiter zu steigern, finden die Prüfungen seit letztem Jahr ausschliesslich schriftlich und nur noch in den zwei Fächern Deutsch und Mathematik statt. Mündliche Prüfungen und Französischprüfungen gibt es nicht mehr. Abgeschafft werden die Aufnahmeprüfungen aber nicht, wie aus der Antwort des Regierungsrats auf die Anfrage von Forrer und Fehr hervorgeht. Das Zürcher Verfahren habe sich wissenschaftlich gesehen als besonders effizient und fair erwiesen. Die Regierung weist insbesondere auf eine aktuelle Studie von Franz Eberle von der Universität Zürich im Auftrag des Kantons Graubünden hin. Dort hatten 2020 Grossräte den Antrag gestellt, auf den prüfungsfreien Übertritt zu setzen und die Aufnahmeprüfungen abzuschaffen.

Der Experte lobt das Übertrittsverfahren

Doch im Gutachten von Franz Eberle wird das Übertrittsverfahren, in dem die Prüfungsnoten und die Erfahrungsnoten aus der Volksschule berücksichtigt werden, gelobt. Es schneide im Vergleich mit den anderen Verfahren am besten ab, schreibt der Gutachter in der Zusammenfassung der Studienresultate. Es sei auch gerechter als jene Verfahren, die entweder nur auf Prüfungsnoten oder nur auf Erfahrungsnoten basierten. Eberle hält aber auch fest, dass sich soziale Herkunftseffekte mit keinem der gängigen Aufnahmeverfahren eliminieren lassen. Weiter fand Eberle heraus, dass der Prüfungserfolg kaum von der Intensität oder der Art der Vorbereitung abhängt. Einzig Kandidierende, die unvorbereitet zur Prüfung gingen, schnitten etwas schlechter ab. Selbst Jugendliche, die sich nur zu Hause mit einem älteren Bruder vorbereiteten, waren in etwa gleich erfolgreich wie jene aus den Paukerkursen.

Aufgrund des Eberle-Gutachtens hat Graubünden das Übertrittsverfahren mit Prüfung und Erfahrungsnoten, wie es auch in Zürich üblich ist, nicht abgeschafft. Allerdings haben die Bündner



flankierende Massnahmen ergriffen - unter anderem die obligatorische Gymivorbereitung für alle Interessierten.

Keine Aufnahmeprüfungen in der Romandie

Neben Graubünden und Zürich setzen in der Schweiz auch die Kantone Schaffhausen, Schwyz, St. Gallen, Glarus und Appenzell Innerrhoden auf eine Aufnahmeprüfung. Die Mehrheit der Kantone verzichtet aber darauf. Die meisten Innerschweizer Kantone und der Kanton Bern setzen auf eine Gesamtbeurteilung einer Schülerin oder eines Schülers, in die sowohl die Noten als auch eine Potenzialschätzung der Lehrperson einfließen.

Ein grosser Teil der Kantone verteilt die Gymiplätze aufgrund der Erfahrungsnoten aus der Volksschule, insbesondere in der Romandie und im Tessin. Dort ist die Maturitätsquote auch signifikant höher als in der Deutschschweiz. In den beiden Kantonen Tessin und Genf machen über 33 Prozent der Jugendlichen eine gymnasiale Matur, im Kanton Zürich sind es lediglich gut 21 Prozent.

Jene, die keine Empfehlung ihrer Lehrperson erhalten oder bei denen die Erfahrungsnoten zu tief sind, sind aber nicht definitiv gescheitert. Für sie bieten die meisten Kantone eine Entscheidungsprüfung an, etwa die Kantone Aargau oder Bern.

«Jugend ohne Geschichte»

NZZ, 6. März 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Beitrag von Marc Tribelhorn über den Bedeutungsverlust des Fachs Geschichte ist ein überfälliger Weckruf (NZZ 29. 2. 24). Was an geschichtlichen Inhalten in den Schulen tatsächlich vermittelt wird, scheint die Politik wenig zu interessieren.

Das Fach Geschichte hat in den letzten fünfzehn Jahren einen lautlosen, aber dramatischen Abstieg erlebt. Die Lektionenzahl wurde an den meisten Sekundarschulen um 25 Prozent auf mickrige anderthalb Wochenlektionen reduziert.

In einem weiteren Schritt wurden Geschichte und Geografie zu einem profillosen Sammelfach zusammengelegt. Dieses europäische Unikum eines Doppelfachs weist erhebliche Nachteile auf.

Ein Geschichtsunterricht, der das Fundament für das Verstehen politischer Zusammenhänge bilden soll, benötigt ein klares inhaltliches Bildungsprogramm.

Unsere nächste Generation muss wissen, wie sich die Gegenwart aus der Vergangenheit entwickelt hat und wie wichtige Ereignisse vernünftig eingeordnet werden können.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

«Wir müssen viele Schüler enttäuschen»

NZZ, 1. März 2024, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach und Giorgio Scherrer

Der Uetiker Rektor Martin Zimmermann hält die Gymiprüfung für unfair, weil die Kinder ungleiche Voraussetzungen haben. Zuverlässig sei der Test jedoch trotzdem, sagt der Deutschlehrer im Gespräch mit Robin Schwarzenbach und Giorgio Scherrer

Herr Zimmermann, am Montag treten über 8000 Zürcher Schülerinnen und Schüler zur Gymiprüfung an. Als Koordinator der Zentralen Aufnahmeprüfung (ZAP) der Mittelschulen haben Sie lange Schicksal gespielt für diese Kinder und Jugendlichen. Ist das die schwierigste Aufgabe, die es für einen Gymnasiallehrer geben kann?



Nein, es ist eine der wichtigsten. Aber es stimmt: Glück, Zufall, Tagesform der Kandidaten können eine Rolle spielen. Das wissen die Lehrpersonen, die die Prüfungen korrigieren. Das kann eine Belastung sein.

Jedem zweiten Kandidaten müssen Sie sagen: «Du gehörst nicht ins Gymi.»

Das ist so. Wir müssen viele Schüler und Eltern enttäuschen. Doch in den allermeisten Fällen sind die Resultate der Gymiprüfung zuverlässig. Das zeigt auch eine Studie des Instituts für Bildungsevaluation, die sich gegen die Einführung zusätzlicher kognitiver Tests ausgesprochen hat. Das Gymnasium ist nicht der Weg zur Glückseligkeit. Es gibt andere Optionen.

Dennoch tun viele Eltern so, als sei die Gymiprüfung der alles entscheidende Moment im Leben ihrer Kinder. Ist sie das?

Das glaube ich nicht. Aber viele erwarten, dass die für alle gleiche Prüfung die ungleichen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen ausgleicht. Aber dafür ist es beim Übertritt an die Mittelschule zu spät. Das muss viel früher passieren. Im Kindergarten, in der Kita oder noch früher – sofern es überhaupt möglich ist.

Die Gymiprüfung ist nicht perfekt. Das zeigt sich zum Beispiel beim Aufsatz. Was ist ein guter Text? Hier können die Meinungen aus guten Gründen auseinandergelassen werden.

Man kann die Qualität eines Textes übersehen, das stimmt. Deshalb sprechen Gymnasiallehrer und Volksschullehrer beim Korrigieren darüber.

Bereiten Primarschulen ihre starken Schüler ausreichend vor, damit diese einen guten Text schreiben können an der Prüfung?

Da kann ich nur von meiner persönlichen Erfahrung berichten. Mein Sohn ist in der vierten Klasse. Die schreiben schon ziemlich viel, jede Woche. Aber ja: Viele Eltern machen sich Sorgen, dass der reguläre Unterricht nicht das abdeckt, was an der Gymiprüfung verlangt wird. Das höre ich immer wieder.

Bei Aufgabe 11 der Sprachprüfung vom vergangenen Jahr geht es um Vormorpheme. Wissen Primarschüler, was ein Vormorphem ist?

Sie sollten es wissen. Der Umfang des Prüfungsstoffs ist genau festgeschrieben. Ein Fremdwort ist für ein Kind nicht schwieriger als ein deutsches Wort – solange man es ihm beigebracht hat.

Was ist ein Vormorphem?

Eine Vorsilbe.

Viele Eltern wollen auf Nummer sicher gehen und schicken ihre Kinder in private Vorbereitungskurse. Die einen können sich diese Trainings leisten, die anderen nicht. Finden Sie das gut?

Nein, das ist unfair. Und es ist schade, dass viele Eltern so viel Geld ausgeben dafür. Es sollte auch ohne gehen. Aber man sollte die Wirkung dieser Kurse nicht überschätzen. Die werben ja zum Teil damit, dass ihre Teilnehmer garantiert durchkommen. Das ist natürlich Quatsch. Da werden Aufsätze geschrieben, die zwar eine Einleitung, einen Hauptteil und einen Schluss haben, aber keine Idee, keine Phantasie, keine Aussage. Lernen nach Raster X: Das ist problematisch.

Die Lernforscherin Elsbeth Stern von der ETH würde diese Kurse am liebsten verbieten und die Prüfung durch Intelligenztests ersetzen lassen.

Das halte ich für einen Irrtum. Es braucht beides: Intelligenz auf der einen und Übung, Fleiss und Durchhaltevermögen auf der anderen Seite. Beides ist später auch im Gymnasium gefragt. Daher kann ich diese Kurse nicht wirklich verurteilen. Zumal Primar- und Sekundarschulen ebenfalls Übungslektionen anbieten, gratis. Aber klar: Private Kurse können die unterschiedlichen Voraussetzungen, die Gymiprüfungskandidaten ohnehin mitbringen, noch verstärken. Wer mit Büchern aufwächst, hat Vorteile. Wer nicht liest zu Hause, dürfte es schwer haben.

Frau Stern sagt: «Mindestens 30 Prozent der Mittelschüler gehören nicht ans Gymnasium, weil sie nicht übermässig intelligent sind.» Was sagen Sie?



Sind alle Professorinnen und Professoren überdurchschnittlich intelligent? Natürlich nicht. Natürlich gibt es Schüler, die unglücklich sind am Gymnasium, weil sie jahrelang zu kämpfen haben. An unseren Informationsabenden sagen wir den Kindern und Jugendlichen immer wieder: Kommt bitte nur dann ins Gymi, wenn ihr genug Reserven habt für ausserschulische Aktivitäten. Für Sport, Musik, Pfadi oder andere Hobbys. Nur Gymi im Gymi – das wäre nicht gut.

Weisen Sie an Ihren Informationsveranstaltungen auch auf die anderen Bildungswege hin?

Ja, immer am Anfang. Aber mein Eindruck ist, dass viele Eltern nur halb zuhören, bis wir «endlich» zur Sache kommen: Aufnahmeprüfung, Gymnasium, Matur, Studium. An einem Podium des Wirtschaftsforums Zürichsee geriet das Langzeitgymnasium kürzlich stark unter Beschuss: Verkleinern oder ganz abschaffen, lautete die Losung. Dabei waren fast alle Teilnehmer Akademiker, viele hatten einen Dokortitel.

Das klingt nach dem vielbemühten Hohelied der vielen Bildungswege in der Schweiz – aber beim eigenen Kind soll es bitte schön das Gymnasium sein.

Ich singe gerne ein Loblied auf die Lehre, weil ich überzeugt bin, dass das ein schwieriger, aber attraktiver Weg ist. Für Akademikereltern ist es sicher nicht einfach, hinzunehmen, wenn die eigenen Kinder nicht ans Gymi gehen. Viele haben Angst vor der Sekundarschule: zu heterogen, zu bildungsfern, vielleicht gibt es ja ständig Raufereien auf dem Pausenplatz . . . Ich halte diese Sorgen für unbegründet, aber es gibt sie. Hinzu kommt: Eine Lehre zu machen, ist sehr anspruchsvoll. Die Jugendlichen müssen sich sehr früh für einen Beruf entscheiden. Im Gymnasium hingegen haben sie noch die Zeit, um nachzudenken. Das ist ein Privileg.

Gegner des Langzeitgymnasiums argumentieren ähnlich: Viele Sechstklässler seien viel zu jung fürs Gymnasium.

Diesen Kritikern sage ich: Kommt eine unserer ersten Klassen besuchen und seht, wie die Kinder da plötzlich aufblühen in der Schule. Wie sie eine unglaubliche Freude entwickeln, weil sie nicht mehr gebremst werden im Unterricht. Das Langzeitgymnasium ist eine Form von Begabtenförderung. Warum sollte man starke Schüler bremsen, die nach der Primarschule ins Gymnasium wollen?

Der Verein Chance Wiedikon hilft starken Primarschülern aus benachteiligten Familien bei der Vorbereitung auf die Gymiprüfung und begleitet sie auch in der Probezeit. Gibt es eine solche Initiative auch bei Ihnen an der Kantonsschule Uetikon am See?

Nein, dagegen habe ich mich immer gewehrt. Schüler aus der Primarschule fördern und diese Schüler dann bei der Aufnahmeprüfung beurteilen: Das geht nicht zusammen.

Halten Sie Zürcher Gymnasien für elitäre Institutionen? Sollen sie das bleiben?

Sind sie das durchweg? Ist die Kantonsschule Wiedikon eine elitäre Institution?

Eher nicht, da kommen Schüler aus unterschiedlichen Schichten zusammen.

Sehen Sie. Aber natürlich kann es zu Spannungen kommen, wenn die einen sich für etwas Besseres halten als die anderen. Das ist zum Heulen. Das sehen wir in Uetikon, wo wir eine Turnhalle mit der benachbarten Sekundarschule teilen. Da fallen manchmal herablassende Sprüche, die soziale Stellung und Besitz markieren sollen. Es hat auch schon Schlägereien zwischen Gymi- und Sekundarschülern gegeben.

Wie im «Fliegenden Klassenzimmer» von Erich Kästner.

Genau. Es gibt aber auch die andere Seite. Viele Gymnasiasten und Sekundarschüler bleiben befreundet, spielen im gleichen Fussballklub und so weiter. Wer schneller rennen oder besser dribbeln kann, ist wichtiger als die Frage, wer der bessere Schüler ist.

Wie war das für Sie, als Sie den Sprung ins Gymnasium geschafft hatten?

Mein Vater hat eine Wagner-Lehre gemacht. Für mich war es toll, dass ich ins Gymnasium gehen konnte. Ich habe eine neue Welt kennengelernt. Viele Bauernkinder werden Bauern. Viele Handwerkerkinder werden Handwerker. Viele Akademikerkinder gehen ans Gymnasium und studieren. Das ist bis zu einem gewissen Grad natürlich. In der DDR musste die Hälfte der Klassen mit Kindern aus Arbeiterfamilien besetzt sein; – mit der Folge, dass talentierte Schüler keinen Platz hatten. Solche Zwangsmassnahmen sind absurd.



Trotzdem: An der Goldküste geht jeder Dritte ins Gymnasium, im Tösstal nicht einmal jeder Zwanzigste. Ist das gerecht?

Im Tösstal und anderswo ist die Berufslehre stark verankert. Ich weiss nicht, ob sich Schülerinnen im Arbeiterquartier Schwamendingen ungerecht behandelt fühlen, wenn sie statt ins Gymnasium in die Sekundarschule gehen. Für viele Jugendliche ist das Gymnasium kein Thema, nicht eine Sekunde.

Zürich gilt als «Sprachenkanton»: Die meisten Maturanden wählen ein sprachliches Profil. Haben unsere Gymnasien die Zeichen der Zeit verkannt?

Nein, die Mint-Initiative des Bundesrats für mehr Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik an den Mittelschulen greift sehr stark. Naturwissenschaften und empirische Wissenschaften ziehen. Was wir Deutschlehrer anbieten, finden viele Jugendliche nicht so interessant. Das zeigen auch die jüngsten Studierendenzahlen: Geisteswissenschaften sind immer weniger gefragt.

Was geht verloren, wenn Gymnasien von Mint dominiert werden?

Ich finde Textverständnis und Textanalyse nach wie vor sehr wichtig. Lesen und einander zuhören ist wichtig fürs Zusammenleben. Aber eben: Viele Schüler halten empirische Wissenschaften für die einzig wahren Wissenschaften. Da hat mein Fach einen schweren Stand.

Können Ihre Maturanden stringente, korrekte Texte schreiben?

Die einen können es, die anderen nicht. Viele, die es nicht können, werden im Studium an der ETH trotzdem brillieren. Ich kann das Wehklagen der Professoren über die heutigen Studienanfänger nicht nachvollziehen. Laudatio temporis acti? Das stimmt einfach nicht. Das war früher nicht besser. Aber damals gab es keine Korrekturprogramme, die heute vieles erleichtern. Selbst Journalisten schreiben nicht fehlerfrei.

Ist das Ideal humanistisch gebildeter Maturanden noch zeitgemäss?

Gute Frage. Man müsste das Gymnasium neu erfinden. Die Schüler sollten sich mehr mit realen Fragestellungen auseinandersetzen und in ihren individuellen Fähigkeiten bestärkt werden. Wir sollten ihnen mehr vertrauen und weniger darauf fokussieren, was sie nicht so gut können.

Sie wünschen sich mehr Projektunterricht? Das dürfte schwierig werden bei all den Fächern, die nebeneinander unterrichtet werden.

Ja, und das geht einfach nicht mehr. Der neue Rahmenlehrplan ist noch breiter geworden: mehr Fächer, mehr Stoff in weniger Stunden. Zum Beispiel Geschichte: Wie soll man ein Thema vertiefen mit zwei bis drei Lektionen pro Woche, wenn man es gleichzeitig von Griechen und Römern bis zur Gegenwart schaffen soll? Jedes Fach wollte für sich das Optimum herausholen. Nun stehen wir vor einem faulen Kompromiss. Es brauchte einen neuen Gesamtentwurf.

Sollte man Deutsch abwählen können?

Nein, natürlich nicht!

Wie sieht das Gymnasium der Zukunft aus?

In Uetikon möchten wir die Lektionen im Schulzimmer reduzieren. Einen grossen Teil des Stoffs sollen sich die Schüler selbständig oder in Gruppen erarbeiten. Wir wollen wegkommen von der 45-Minuten-Struktur: mehr Praxis, mehr ausprobieren, weniger theoretische Stoffvermittlung. Im geplanten Schulhaus auf dem ehemaligen Gelände der Chemischen Fabrik am See sind Räume für kreative Projekte vorgesehen. Da werden die Jugendlichen zum Beispiel ihre Roboter zum Laufen bringen können.

Martin Zimmermann ist seit 2018 Rektor der Kantonsschule Uetikon am See. Davor leitete er die Kantonsschule Zürich Oberland in Wetzikon. Der 63-Jährige war Koordinator der Zentralen Aufnahmeprüfung (ZAP) und Präsident der Schulleiterkonferenz der Zürcher Kantonsschulen.



Veranstungshinweise

Kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» ([Förderklassen-Initiative](#))

Starke Volksschule Zürich, Donnerstag, 11. April 2024, 19.00

Einladung zu einem Podiumsgespräch mit Diskussion

Donnerstag, 11. April 2024, 19.00 Uhr
Glockenhof Zürich, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Pro

Yasmine Bourgeois, Schulleiterin und Gemeinderatsmitglied (FDP) in Zürich

Roland Stark, langjähriger Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge (SP) in beiden Basel

Kontra

Ursula Sintzel, Präsidentin Kreisschulbehörde Letzi (SP)

Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin und Stadträtin Uster (GP)



Yasmine Bourgeois ist Schulleiterin, ehemalige Mittelstufenlehrerin und Mutter von drei Kindern. Sie ist Mitglied des Gemeinderates der Stadt Zürich (FDP) und Präsidentin der Sachkommission

Präsidialdepartement / Schul- und Sportdepartement.

Zur Förderklassen-Initiative sagt sie: «Mit der Einführung von Förderklassen werden wir besser auf die Bedürfnisse aller Kinder eingehen können und wieder mehr Ruhe ins System bringen.»

Karin Fehr Thoma ist Kantonsrätin Grüne und Stadträtin in Uster. Sie ist Soziologin und Bildungsfachfrau.

Ihr Statement: «Die Förderklassen-Initiative schießt über das Ziel hinaus: Die Gemeinden und Schulen brauchen kein weiteres Zwangskorsett, sondern mehr Handlungsspielraum bei der Zuteilung der Ressourcen zur Förderung aller Kinder.»



Ursula Sintzel ist Rechtsanwältin und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen. Seit 2017 ist sie Mitglied der Kreisschulbehörde Letzi (SP), die sie seit 2021 präsidiert.

Ihre Haltung zur Förderklassen-Initiative: «Diese hat nicht die Schülerinnen und Schüler im Fokus, sondern die belasteten Lehrpersonen. Dieses Problem ist ernst zu nehmen, ihm muss aber mit anderen Massnahmen begegnet werden wie mit der Einführung von separierten Förderklassen, welche nur die Stigmatisierung der betroffenen Kinder erhöhen.»

Roland Stark war Grossrats- und Verfassungsratspräsident (SP) in Basel.

Seine Stellungnahme: «Als Lehrer mit über 40 Jahren Berufserfahrung an Kleinklassen in beiden Basel, als Heilpädagoge und Vater zweier schulpflichtiger Töchter halte ich die Schaffung von Förderklassen für pädagogisch dringend notwendig. Ich engagiere mich deshalb in der Förderklassen-Initiative, die wir in Basel-Stadt bereits eingereicht haben und die zurzeit in der Bildungs- und Kulturkommission des Parlaments diskutiert wird.»





Gamen sie schon oder spielen sie noch? Der tückische Weg zur Medienkompetenz

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 20. März 2024, 18.30 – 20.30

Referenten

Uwe Buermann, Medienpädagoge Berlin)

Prof. Dr. Christian Montag (Molekulare Psychologie, Institut für Psychologie und Pädagogik, Universität Ulm)

Ort und Datum

Mittwoch, 20. März 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)



Die Pädagogische Wende

Freitag 12. und Samstag, 13. April 2024, Universität Augsburg

Podiumsdiskussion und wissenschaftliche Tagung der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. in Kooperation mit der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät – Schulpädagogik der Universität Augsburg.

Freitag 12. April. 2024, 18.00 – 20.00 Uhr

„Würde ich gerne zu mir in die Schule gehen?“

Über die Schule als sozialer Ort und das Lernen in Gemeinschaft

Nach einem Impulsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Klaus Zierer diskutieren Vertreterinnen und Vertreter des Kultusministeriums, der Landesschüler- und Landeselternbeiräte, der Lehrerinnen- und Lehrerverbände und eine Schulleitung über Perspektiven schulischer Bildung.

Samstag 13. April 2024 09.00 – 17.00 Uhr

Die pädagogische Wende

Über die notwendige Besinnung auf das Erziehen und Unterrichten

09.15-11.15 Uhr Session I: Unterricht als Beziehung und Dialog

11.45-13.45 Uhr Session II: Erziehung, Unterricht und Digitalisierung

14.30-16.30 Uhr Session III: Schul- und Unterrichtspraxis

[Mehr...](#), [Flyer zur Tagung](#)

